

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der illust. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Arbeiter“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungbrunnen“, „Die Genossin“

**Anzeigenpreis:** Die gespaltene Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Goldpennig, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verleihen- und Verjammsungsanzeigen 4 Goldpennig. — Zeile mit Bild: Die Millimeterzeile 4gepalten ober deren Raum im Text 30 Goldpennig.

Dienstag, 25. März 1924

**Verlagspreis:** Bei wöchentlich 6 maligen Erscheinen monatlich 2.— im wöchentlich 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhändler u. Kioske 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postfachkonto: Breslau Nr. 810 55. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837

## Die Arbeiterinnen müssen Kommunisten wählen.

Der Reichstag ist aufgelöst, Neuwahlen stehen bevor. Der Kampf der Parteien um die Wählerschaft hat begonnen. Viele, viele Arbeiterinnen sind angezogen von diesem Kampf und wollen aus diesem Grunde sich nicht an der Wahl beteiligen. Viele gerade unter denen, die revolutionär fühlen und wissen, daß nur der offene Kampf gegen das gesamte kapitalistische System zum Ziele führt, schließen sich ebenfalls von der Wahl-agitation ab und verübeln es den Kommunisten, daß sie sich an dem „parlamentarischen Rummel“ überhaupt beteiligen. Wieder andere proletarische Frauen stehen beiseite, weil sie sich außer ums Geldverdienen und um die Hausarbeit um gar nichts mehr kümmern und vielleicht nur ganz nebenher durch Gespräche Dritter erfahren, daß die Reichstagswahlen bevorstehen. So war es bei allen Wahlen bisher, und dadurch kam es auch, daß gerade weibliche Stimmen stets in viel höherem Maße auf bürgerliche als auf Arbeiter-Kandidaten entfielen.

An unserer, der Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen Tätigkeit liegt es, daß bei der diesmaligen Reichstagswahl ein anderes Bild entsteht, daß die Wahlen ausgenützt werden, um die Arbeiterinnen aufzurütteln und in die Front der revolutionären Kämpfer einzureihen. Die Wahlbeteiligung gibt uns große Möglichkeiten der Werbungs-tätigkeit unter den Frauen, ohne die der Achtstundentag nicht wieder-zuerzwingen, der Bestreitung des Proletariats gar nicht durch-zuführen ist. Die Wahlbeteiligung gibt zudem, wenn auch kein genaues, so doch immerhin ein Bild des ungefähren Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Re-formismus und revolutionärer Einstellung innerhalb der Ar-beiterklasse.

Wir haben nicht die Illusion, daß einzelne im Interesse der Arbeiterklasse liegende und durch eine große Anzahl kommu-nistischer Abgeordneter vielleicht durchdringender Gesetze vom Papier auch zur Tat werden. Der bürokratische, im kapita-listischen Interesse arbeitende Staatsapparat sorgt dafür, daß solche Gesetze nicht Praxis werden oder so Praxis werden, daß sie gerade das Gegenteil von dem bewirken, was die Einbringer des Gesetzes beabsichtigen. Aber wir können im Reichstag durch Stellungnahme zu jeder einzelnen dort vor-liegenden Frage den Arbeitern und Arbeiterinnen konkret zei-gen, welche Wege zur Beseitigung der bestehenden Gesellschafts-ordnung einzuschlagen sind. Wir können durch Einbringung eigener Anträge in die breite Öffentlichkeit hinaus-schreien und zur Sprache bringen die Nöte des Proletariats und gerade auch der proletarischen Frauen. Wir können Material, das dort vertuscht werden soll, hervorholen und auf alle diese Arten die Absichten und demagogischen Verschleierungen der Bour-geoisie, einschließlich der Sozialdemokratie, aufdecken. Wir können parlamentarische Auseinandersetzungen verbinden mit Massenaktionen außerhalb des Parlaments und so die breitesten Arbeitermassen, die zum Siege über den Kapitalismus mit-kämpfen müssen, mobilisieren. Aus diesen Gründen müssen die Arbeiterinnen sich beteiligen an der Wahl und durch ihre Stimme ihr Vertrauen allein zur kommunistischen Partei do-lumentieren.

In der Wahlkampagne gilt es, sich besonders mit den Böttischen und mit der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen, sie, indem sie an Nöte und Setimmungen der Arbeiterinnen anknüpfen, diese für sich einzufangen versuchen.

Die Böttischen haben sich Parolen zu eigen gemacht, die den Bedürfnissen der Arbeiterklasse entgegenkommen. Sie spre-chen von der Beseitigung des Ausbeuter- und Wucherturns, und sie nennen einen Sündenbock, auf den, ohne noch viel und tiefer nachzudenken, nun alle Erbitterung, aller Haß abgeladen werden kann: den Juden. Es ist ihnen gelungen, unter er-heblichen Teilen der Arbeiterschaft eine starke antisemitische Stimmung zu erzeugen, die uns indes keinen Schritt weiter gebracht hat. Denn nicht der Jude, sondern der Kapitalist — man denke nur an die völkischen und „reinrassigen“ Her-ren Großgrundbesitzer — und das gesamte kapitalistische System sind der Feind, gegen den das Proletariat kämpfen muß. Die Böttischen reden von der „Volksgemeinschaft“ und wollen das mit die Arbeiterklasse, die nur als Masse, in fester Solidari-tät, etwas erreichen kann, auseinandersprennen und vereinzelt der Willkür ihrer Unternehmer ausliefern. Die Böttischen kämpfen mit Blut und Gewalt gegen den internationalen Zusammenschluß der Arbeiterschaft, der allein neue blutige Kriege verhindern kann. Sie wollen neue imperialistische Kon-flikte provozieren, in denen wiederum die Arbeiterklasse das Kanonensfutter bildet, und aus denen sie noch verelendeter her-vorgehen wird als aus dem Weltkrieg. Wenn die Arbeit-zinnen sich den Böttischen anschließen, so graben sie sich das eigene Grab und stützen die jüdischen und „arischen“ Stämme- und Großgrundbesitzer, die nicht umsonst die völkische Beme-

## Emmingerjustiz und Gefängnis-schmach.

Im Annaberger Kommunistenprozeß, in dem 14 Tage lang gegen Kommunisten verhandelt wurde, weil sie gegen Faschisten sich gewehrt hatten, verurteilte die Strafkammer den Haupt-angeklagten zu 3 1/2 Jahren Gefängnis. Andere Angeklagte erhielten 2 Jahre, 6 Monate, 8 und 6 Monate Gefängnis. Nicht nur in München bei Hitler und in Leipzig gegen Zeigner steht die Justiz im Dienst der völkischen Propaganda.

In Hannover wurden Mitte März mehrere Arbeiter, die sich gegen den Hunger aufgelehnt hatten, wegen Land-friedensbruch zu 1 Jahr und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Im ganzen wurden 109 Monate Gefängnis über 17 Ange-klagte verhängt.

148 Monate Gefängnis verhängte die Emminger Klassen-justiz in Güstrow (Mecklenburg) über 33 Goldberger Arbeiter, die sich am Cunostreik beteiligt hatten.

96 Monate Gefängnis erhielten vor dem Schweriner Landgericht eine Anzahl Arbeiter und Gewerbetreibende aus Grabow zubilliert, weil sie in der Zeit der Hungersnot Mehl und Kohlen gestohlen haben sollen. Die Bestien der Barzimer Mordtat haben tieferes Verständnis bei den Mecklenburger Klassenrichtern gefunden.

In einem Strafprozeß gegen die Ulmer Kommunisten er-hielten die Angeklagten 6 bis 2 Monate Gefängnis. Ueber 3 1/2 Monate haben sie in Untersuchungshaft gefessen, weil sie nach Spitzelberichten Bränden Sprengungen geplant haben. Diese Anklage, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde, ist kläglich zusammengebrochen. Trotzdem wurden die Angeklagten verurteilt, weil der Vorsitzende des Gerichts aus-brüchlich erklärte, daß das Gericht nicht darum da sei, Recht zu sprechen, sondern den Staat zu schützen.

Eine vergebliche Waffensuche unternahm die Barmer Po-lizei in den Arbeiterquartieren. Die Häuser wurden vom Keller bis zum Dach durchsucht, Möbel durcheinandergeworfen und in den Arbeiterlokalen die Gäste der Leibesvisitation unter-zogen. Gefunden wurde nichts.

In Neuhof bei Hildesheim wurde bei kommunistischen Funktionären vergeblich nach Waffen gesucht.

Wegen Teilnahme an der Duxenburg-Liebnecht-Demon-stration in Berlin auf des Gräbern der Ermordeten wurden drei Arbeiter, darunter ein Jugendlicher von 19 Jahren, zu einem Jahr, zu 6 Monaten Gefängnis und zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen Verteilung politischer Flugblätter wurde in Basun-gen (Schüringen) ein Genosse zu 50 Goldmark Strafe verur-teilt.

Die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Arbeiterin-nen ist gekennzeichnet, wenn man bedenkt, daß die Gewerk-schaften durch ihre leitenden Instanzen im Grunde nichts ande-res als Apparate der Sozialdemokratischen Partei sind.

Der langjährige Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt, der dafür sorgte, daß die Landarbeiterinnen und landwirtschaftlichen Hausangestellten im November 1918 nicht den Achtstundentag bekamen, ist sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter.

Der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Jädel, der es begründete, daß im Oktober 1923 die Reichswehr in Sachsen einmarschierte und der heute der 53- und 54-stün-digen Arbeitswoche in der Textilindustrie zustimmt, obwohl der Zentralvorstand in der Zeit der verkürzten Arbeitszeit — täglich dreimal hervorstob, daß er der vielen bei ihm organisierten Arbeiterinnen wegen die 46-Stundenwoche mit allen Mitteln verteidigen werde, ist sozialdemokratischer Reichstags-abgeordneter und jetzt, nachdem er in Blauen abfiel, im Biele-felder Bezirk wieder als Kandidat aufgestellt worden.

Sämtliche sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die im Reichstag sitzen, haben, soweit sie nicht wie der Leiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes feiges Fernbleiben vorzogen, dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, daß die Verlängerung der Arbeitszeit, weiteren Abbau der öffentlichen Fürsorge und die Entrechtung der Betriebsräte durch die Aufhebung der De-mo-

Im Bielefelder Landgerichtsgefängnis wird seit dem 17. Fe-bruar der Genosse Appelfelder in Untersuchungshaft wegen Hochverrats gehalten. U. ist schwer tuberkulös. Trotzdem muß er Lumpen sortieren. Der Arzt hat ihm frische Luft verordnet. Aber er darf nur jeden Morgen den üblichen Spaziergang im Gerichtshofe machen. Seine Mutter darf ihn alle 14 Tage einmal besuchen.

Das ganze Verbrechen des Genossen U. besteht darin, daß er in Bielefeld vor 5000 Menschen auf dem Schülerplatz erklärt hat, die Einberufer der öffentlichen Versammlung sehen davon ab, zu der Menge zu sprechen, um der Polizei keinen Vor-wand zu einem Blutbad zu geben.

### Zu Befehl Czjellenz, ich klage Sie an!

„Zu Befehl Czjellenz, ich klage Sie an!“ So un-gefähr klang die Anklagerede des Staatsanwalts gegen Ludendorff. Mit diesem Staatsanwalt hätte Ludendorff sich das Geld für den Verteidiger sparen können. Während selbst weite Kreise der Bourgeoisie über die Art, wie Luden-dorff sich vor Gericht feige drückt, den Kopf schütteln, be-zeugt der Staatsanwalt dem Mann mit der stets vollen Po-se, er habe sich „als ganzer Mann“ gezeigt. „Feld-herrenruhm“, „Verdienste“ — geht die Anhimmlung Luden-dorffs durch den Staatsanwalt weiter. Leider habe Luden-dorff das Gesetz verlegt, man müsse es auch gegen ihn anwenden. General Ludendorff müsse das am besten ver-stehen, — so schloß der Staatsanwalt seine Anklagerede.

Auch Hitler bekam seine Komplimente. Er sei ein „tapferer Soldat“, „kein Demagoge“, er habe „Verdienste um die nationale Sache“, nämlich im Kampf „gegen Juden-tum und Marxismus“, das heißt gegen die Arbeiterschaft.

Das bayrische Volksgericht, dieses Konterrevolutionärs-tribunal, wird nach diesen Anklagereden den Wink verstehen und die Hitler und Ludendorff laufen lassen.

Der Rechtsanwalt Hitlers fordert denn auch die völlige Freisprechung Hitlers. Rahr und Loffow hätten auch Hoch-verrat begangen. Was dem einen recht sei, sei dem andern billig.

Ganz richtig: die Ebert-Republik des trockenen Seede-Putschers ist das Dorado des Faschismus.

### Der gelüftete Schleiter.

Der Verteidiger des „Oberland“-führers Weber, Rechts-anwalt Holl, lästete den Schleiter von den Putschplänen Rahr und Loffows, die in den geheimen Sitzungen behandelt wur-den. Alles war „zum Marsch nach Berlin“ durch Rahr und Loffow vorbereitet. Clah, der Verbindungsmann zu Szedl, stellte die neue Verfassung und die Liste des Direktoriums fer-tig. Als Holl einen Befehl Loffows zum Vormarsch erwähnt, fällt ihm der Vorsitzende ins Wort. Erst nach der Reise Seiffers nach Berlin, der sich mit Seede auf den kalten Putsch einigte, begannen Rahr und Loffow, sich von Hitler loszulösen.

Verhärtung der Lohnspanne zwischen den Arbeitern und Ar-beiterinnenlöhnen haben die sozialdemokratischen Führer des Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Buchdruckerverbandes lang-und Kluglos hingegenommen, und die Sozialdemokratie hat gar nicht daran gedacht, ihre Gewerkschaftsfunktionäre deshalb zur Verantwortung zu ziehen.

Die Sozialdemokratie hat die verhaßte Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen, die die Hauptschuld an dem heutigen Tief-stand der Arbeiterbewegung trägt. Von ihr, die auch in der Zeit der großen Absatzkrise und Arbeitslosigkeit die Arbeit-zinnen völlig im Stich ließ und einen Keil in die Arbeiterkämpfe trieb, indem sie der ehemaligen Entlassung bzw. Nichtein-stellung verheirateter Proletarierinnen das Wort redete, haben die Arbeiterinnen auch in der Zukunft nichts zu erwarten.

Die Interessen der Arbeiterinnen können rücksichtslos ver-treten werden nur von der Partei, die jegliche Koalition mit der Konterrevolution ablehnt und die durch Tat bekräftet, daß ihr die niedrigen Löhne und die Entrechtung der Frauen in der Frage der Arbeitslosigkeit und Entlassung, daß ihr der Abbau aller Arbeiterinnen- und Müttertschutzrichtungen nicht nebensächlich sind. Die Kommunisten kämpfen um den Lebens-realitäts und für den gleichen Lohn bei gleicher Leistung für Mann und Frau, sowie für ausreichenden Arbeiterinnenchutz auf Kosten der besitzenden Klasse. Die Kommunisten schließen keine Kompromisse mit dem Klassenfeind. Sie kämpfen mit diesem auf Leben und Tod um die Verwirklichung der so-zialistischen Gesellschaft. Ihnen gehört daher bei den Reichs-tagswahlen die Stimme der Arbeiterinnen.

### Der Zeigner-Vertrag

Seit einigen Tagen wird in Leipzig der Zeigner-Prozess verhandelt. Er ist von der Gmünder-Justiz als ein Gegenstück zum Ritter-Prozess gedacht: dort der „leuchtende deutsche Held“ — hier der korrupte „jüdische Marquis“.

Nun ist die Sache Zeigners nicht die Sache der revolutionären Arbeiter, ebenso wie Zeigners und der Sozialdemokraten Marxismus mit dem wirklichen Marxismus nichts gemein hat.

Die revolutionäre Arbeiterschaft ist mit Zeigner als Politiker fertig, er hat sich selbst erledigt durch seinen schändlichen Unfall im Oktober.

Aber der Prozess Zeigners geht uns insofern an, als er ein Stück der Gmünderischen Schandjustiz ist. Er ist sozusagen ein „Abbauprozess“; der Beamtenabbau, durch den alle nicht unbedingt reaktionären Beamten auf die Straße geworfen werden, soll seine höhere Weihe durch diesen Prozess erhalten, der die „republikanische Korruption“ ans Licht ziehen soll. Wohl gemerkt nicht die republikanische Korruption der Scheidemänner und Roskes, die mit reaktionären Bürokraten den Sumpf des wilhelminischen Systems vertieft und verbreitert haben, nicht die republikanische Korruption der bürgerlichen Republik, der bürgerlichen Klassenherrschaft, sondern die Korruption eines Mannes, der, wenn auch inkonsequent und furchtsam, so doch in einigen Sachen gegen den Geist der bürgerlichen Klassenherrschaft gekämpft, gegen die Reaktion aufgemutet hat.

Zeigner hat zum Beispiel gegen den Geist der Klassenjustiz gekämpft, indem er die Schande ihrer Urteile wenigstens teilweise durch Gnadenakte aufhob. Und Zeigner ist einmal mit den Kommunisten zusammengegangen. Daß er, als es den wirklichen Kampf galt, sich auf die Seite der Bourgeoisie schlug, spricht ihn in ihren Augen ob solcher Sünde nicht frei.

Es wurde ihm also ein Prozess gemacht. Er soll Bequädigungen gegen Bestechung ausgesprochen haben. Deutschvölkische Rechtsanwälte, deutschnationale Staatsanwälte, bürgerliche Minister und ihre Presse begannen eine beispiellose Hege. Sonst gibt es bekanntlich keine Korruption in der bürgerlichen Republik, kein Ruhr-Panama, keinen Weismann und keinen Parvus, keinen Stinnes und keinen Minow. Was das Ekelhafteste an der Hege war, ist, daß die sozialdemokratischen Parteigenossen Zeigner gleichfalls mit Schmutz bewarfen, um bei der Bourgeoisie mit ihrem General Müller Eindruck zu machen.

Der Prozess begann vor einer ausgeföhnten Galerie von Richtern, gegen die Zeigner früher wegen ihrer reaktionären Gesinnung vorgegangen war. Die paar Tage des Prozesses zeigen den Zusammenbruch der Tendenzanlage. Zeigner hat sich einen gewissen Möbius, dem er als Soldat die Akten wegen einer Wehlshöbung verbrannt hatte, verpflichtet gefühlt und einige Bequädigungsgesuche, die Möbius vermittelte, bewilligt. Bestechung kann aber Zeigner nicht nachgewiesen werden. Die Geschenke, von denen in der Anklage die Rede war, hat Möbius angenommen. Möbius hat zugleich ausgesagt, daß der Staatsanwalt in der Untersuchung ihm seine Freilassung angeboten habe, falls er Zeigner belaste. Mit derselben Methode wurden auch andere Aussagen fabriziert.

Gmünder und seine treuen Sozialdemokraten können auf diesen Prozess stolz sein.

### Eine Selbstanlage des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht im Sonntag-„Vorwärts“ einen Wahlausruf, der die Vertrauenspolitik der Sozialdemokratie rechtfertigen soll, der aber in Wirklichkeit zur schwersten Anklage der sozialdemokratischen Politik während der letzten Jahre wird.

„Wo die Kommunisten Erfolge errangen, triumphierte die Reaktion. In Bayern, in Thüringen, in Mecklenburg, in Italien, in Ungarn — auf jeden kommunistischen Erfolg erfolgte ein Sieg der Konterrevolution.“

Was recht. Ihr Herren Wels und Kämpfer, Crispian und Roske — überall, wo die Arbeiter sich auflehnten gegen politische Entrechtung und kapitalistische Fron, überall sind sie niedergeschlagen worden von den weißen Banden, die organisierte und unterstützt und in die Macht gesetzt wurden von den Führern und Parteien der 2. Internationale, voran die Partei des Herrn Eiert in Deutschland.

„Die Sozialdemokratie bleibt die Partei der Völkerverständigung, trotzdem der Weg mit Dornen bestreut ist.“

Wachowski, Mitglied der 2. Internationale, läßt Wehsefeld, den Geandten der deutschen Sozialdemokratie, wie einen Lafaien, auf der Hindertreppe warten. Und rümpft inzwischen gegen Frankreich und stellt die Staatsmacht Englands hinter die Finanzagenten Londons, die zusammen mit denen von Paris und New York das deutsche Volk ansprechen. Ja, ja, der Weg der Völkerverständigung, den die Sozialdemokratie geht, weil sie den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats verbrüht, ist mit Dornen bestreut.

„Mitte im Hagel der Angriffe kämpft für die alten Grundätze der Demokratie und des Sozialismus die sozialdemokratische Partei.“

Die sozialdemokratische Partei hat den Sieg der konterrevolutionären Diktatur über die Demokratie gefördert und vollendet, indem sie Seedt als Diktator duldete und ihm jetzt noch das Zeugnis für seine „Loyalität“ — gegen die Arbeiterklasse — ausstellt. Sie hat seit 10 Jahren den Namen des Sozialismus in den Schmutz gezogen und vor aller Welt verächtlich gemacht.

„Erhaltung der Währung, Aufbau der Wirtschaft — aber auf Kosten derjenigen, die im Krieg und Nachkriegszeit ihr Gut erhalten und vermehren konnten, nicht auf Kosten derer, die alles verloren.“

Die Praxis der Sozialdemokratie gegenüber diesen verlogenen Phrasen ist die Steuererhöhung, die mit Hilfe der Sozialdemokratie die Lohnsenker einführt, die den Be-

sitz schonte, die Umsatzsteuer erhöhte und die Käuflichkeit in der dritten Steuerordnung auf Grund des von den Sozialdemokraten angenommenen Ermächtigungsgesetzes mit der Mietssteuer von 800 Millionen Goldmark ihre Vollendung fand. Diese Mietssteuer wird doch aus denen, die „tief verarmt“ sind, herausgepumpt, nicht wahr, Herr Wels?

„Das Ziel der Sozialdemokratie ist Volksherrschaft über Volkswirtschaft.“

Gut gesagt; sie hat ihr Ziel erreicht, indem sie Stinnes zum Herrn über die Wirtschaft machte, weil sie die Herrschaft der Arbeiterklasse im Staat und über die Produktion bekämpft hat. Weil sie gegen die Diktatur des Proletariats mobilisiert hat, hat sie Stinnes in die Macht gesetzt.

„Die Sozialdemokratie verteidigt die Republik gegen ihre Feinde.“

Welche Republik? Die Republik der Stinnes und Seedt oder die Republik der Arbeiterklasse? Die Sozialdemokratie hat selbst die Antwort gegeben, als sie Seedt als die treueste Stütze der Republik gepriesen hat.

### Diene und Zuhälter.



Wirf sie hinaus, Prolet, aus deiner Wohnung und halte deine Stube sauber!

Sies und abonniere sofort dein Klassenkampforgan: Die „Schleifische Arbeiter-Zeitung“.

„Die Sozialdemokratie wird den Kampf um den Achtstundentag forsetzen. Findet der Achtstundentag im Parlament keine Mehrheit, so wird sie ihn durch ein Volksbegehren aufs neue erringen.“

Inzwischen hat sie samt der ihr verschwieberten Gewerkschaftsbürokratie dazu verholfen, durch das Ermächtigungsgesetz den Achtstundentag abzuschaffen. Inzwischen hat sie alles getan und tut sie noch alles, um die Arbeiter, die nicht durch lächerliche Stimmzettel, sondern mit dem Einsatz ihrer proletarischen Kraft für den Achtstundentag kämpfen, zusammen mit Schupo und Teno niederzuwerfen. Dann aber, wenn der Achtstundentag mit ihrer ganzen Hilfe todschlagen ist, dann soll ein Volksbegehren ihn wieder erwecken. Schamloser Volksbeitrag!

„Am schwersten haben die Frauen und Mütter unseres Volkes gelitten.“

Sowohl, sie haben gehungert und gedurft. Sie darben und hungern heute noch, weil die Sozialdemokratie den Kampf gegen den Hunger, gegen die Not der Arbeitslosen, den die Selbsthilfsorgane der Werktätigen, die Betriebsrat und Kontrollausschüsse und Arbeitslosenräte führen sollten, und geführt haben, sabotiert und mit allen Machtmitteln des kapitalistischen Staates niedergeworfen haben.

Der ganze verlogene Anruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes beschäftigt nur den Satz, der vor wenigen Tagen durch die Presse ging: wenn im Mai statt 170 172 Sozialdemokraten gewählt werden, was wird dann die Folge sein? Ein neues Ermächtigungsgesetz!

Wer al' A b te, als We i a' ge, a's Feimter, heute noch, nach vier Jahr n soj al' e' w' a' i' d' e' r' Pol' i' t' i' c' a' n' e' n' Sozialdemokraten wählt, der wählt einen feigen Bedienten der Gegenrevolution, einen Agenten der Stinnesoffensive gegen die Arbeiterklasse. Wer den Kampf des werktätigen Volkes gegen Not und Hunger, gegen politische Unterdrückung und für die Republik will, in der die Arbeiterklasse herrscht, der muß seine Stimme einem Kommunisten geben, der muß aber gleichzeitig auch wollen, daß dieser Kampf nicht im Parlament, und nicht mit Stimmzetteln entschieden wird.

### Bischof als kapitalistischer Handlanger.

Wie stark der Einfluß des Scherenspekulanten und der Zentrumspartei ist, ergab auch der Verkauf der letzten Fuldaer Bischofskonferenz. Das Kapital will die Gewerkschaften zerlegen. Die katholische Großbourgeoisie verlangt, daß die Bischöfe helfen. Man unterstellt einfach dabei, es handele sich um kirchliche Interessen. Die katholische Bourgeoisie ermannt sich kirchlicher Interessen stets dann, wenn sie damit ihre Klasseninteressen wahrnehmen kann. Die Bischöfe fordern gleichzeitig also einen zum Austritt aus den freien Gewerkschaften auf. Der Hinweis in den eingeleiten Orten, der unmittelbar unter dem Einfluß des Scherenspekulanten steht, geht aus schon ein erhebliches Stück weiter. So ließ man zum Beispiel im „Kirchlichen Anzeiger“ für die Erzdiözese Köln a. a. folgendes:

Katholiken, die trotz erfolgter Zulassung und obwohl ihnen der Eintritt in eine andere erlaubte Organisations-

formal ist, dennoch als Zulassungsorgan, den gewerkschaftlichen Verordnungen, sind zum Sakramentsempfang nicht mehr zugelassen, d. h. praktisch, sie sind unfähig, die Doppelrechnung zu erhalten und würden nicht mehr zur heiligen Kommunion zugelassen, und zwar betrifft diese Strafe nicht nur Arbeiter, sondern auch Angehörige und Beamte, die den Freien Gewerkschaften angehören.

Der „Kirchliche Anzeiger“ hat sich hier jedenfalls einen sehr großen Übergriff gestattet. Solche generalen Anweisungen sind unzulässig. In all diesen Fragen kann nur der Geistliche in dem jeweiligen Einzelfalle entscheiden. Der Anzeiger hat keine Disziplinaremacht. Der Vorgang ist ein erneuter Beweis, wie den unheimlichen Einfluß, den das Scherenspekulanten Kapital, geher der Zentrumspartei, als Käufer von Mandaten, nicht nur auf die Partei selbst, sondern weit darüber hinaus auch auf den Klerus ausübt. Der „Kirchliche Anzeiger“ sollte lieber einmal auseinandersehen, warum sich die Unternehmer, die sich zum Zentrum und zur katholischen Kirche bekennen, ganz ungeschoren freien Kapitals- und Unternehmerverbänden anschließen dürfen. Und er sollte einmal betrachten, warum man keine christliche Unternehmerorganisation fordert. Aber da verläßt die Sprache. Da merkt man sofort, daß die Frage der Gewerkschaft gar nichts mit der Religion zu tun hat, daß es sich hier um Klasseninteressen handelt und daß der Klerus zum Teil sich von der Bourgeoisie in deren Interesse mißbrauchen läßt.

### Kapital befehlt.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist Mitglied der Zentrumspartei, der Partei, die an die Großindustrie Mandate verkauft, deren Politik nach den Wünschen des Scherenspekulanten eingestellt ist. Solchem Einflusse kann sich erklärungswiese auch der Reichsarbeitsminister als Zentrumsmann nicht entziehen. So erklärt sich seine Verordnungen über die Arbeitszeit, die es dem Kapital ermöglichen, fast überall den Achtstundentag abzubrechen, teilweise schon zehn- und zwölfstündige Tagesarbeitszeiten dem Proletariat auszuwingen. Und unablässig bemüht sich Herr Brauns, das Unternehmertum in seiner Offensive zu unterstützen. Seine Arbeitszeitverordnung erlaubt Auslegungen, die alle Wünsche der Unternehmer befriedigen können. In der Arbeitszeitverordnung ist nichts bestimmt über die Dauer der Pflichtstundenzeit im Steinlohlenbergbau unter Tage, in Feuerbetrieben, in Betrieben, die imfolge giftiger Stoffe, Staub usw. besonders gesundheits-schädlich sind. Bis her hat es als selbstverständlich gegolten, daß in allen diesen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit unter keinen Umständen überschritten werden dürfe. Die Arbeiter, Stinnes usw. forderten eine andere Auslegung, und Herr Brauns gab die gewünschte Auslegung. Danach darf sogar in diesen Betrieben die reine Arbeitszeit täglich zehn Stunden betragen.

Der Zentrumsbrauns und der Zentrumsmann sind zweifellos zurzeit die besten Stützen der Kapitalgruppen, die durch den Zentrumskländer und Zentrumstunnes die Politik der Zentrumspartei bestimmen lassen.

So kann es auch nicht wundern, daß jetzt Herr Brauns nach Hamburg eilt, um dort nach den Wünschen der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter unter das Geißel der Kapitalisten zu zwingen. Herr Brauns hat vorher mit Kapitalvertretern und dem sozialdemokratischen Volkskurator Senje den Schlachtplan gegen die Arbeiter entworfen. Da die Amsterdamer allein den Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages nicht abwürgen können, holen sie sich die hervorragende Mithilfe des ultramontanen Reichsarbeitsministers Brauns.

### Fingiert ist keine Fehler.

In allen Organen wird ein Rückgang der Arbeitslosen gemeldet. Das sei ein Beweis für die Hebung der Wirtschaftslage. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet ganz lakonisch in ihrer Nummer 139 vom 22. März:

„Die Zahl der Arbeitslosen in Ferne hat sich am 17. März gegenüber dem Stand vom 3. März um weitere 6000 Unterstützungsbedürftige vermindert.“

Man entzieht Arbeitslosen die Unterstützung, sei es, daß sie ausgesteuert sind, sei es, daß sie Zwangsarbeit betreiben, sei es, daß man sie abschiebt, und schon hat sich die Wirtschaftslage gehoben, denn die Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen.

### Preissteigerung in Deutschland — Preisentung im Ausland.

Nach dem Index der „Industrie- und Handelszeitung“ ist die Großhandelsindexziffer in der letzten Woche (Abschluß 21. März) wieder um 1,3 Prozent gestiegen. Die vorausgegangene Woche erbrachte ebenfalls eine Steigerung um 1,3 Prozent. Und dieser Steigerung voraus ging eine Erhöhung um 0,4 Prozent. Im Ausland dagegen sinken die Preise. So ist z. B. der Wochenpreisindex amerikanischer Exportwaren in der Woche mit Abschluß 19. März von 142,69 auf 137,07 gesunken. Und die Wochenindexziffer für englische Großhandelspreise sank in der gleichen Zeit von 170,67 auf 169,49.

Während also im Ausland die Preise sinken, gehen sie in Deutschland in den letzten Wochen ständig hinauf. Und das Unternehmertum will überall die Löhne kürzen.

### Die Entwertung der Goldanleihe und Dollar-Schlagzeile.

Die neu einsetzende Markentwertung brüdt sich nicht im amtlichen Dollarkurs aus, der formell noch gehalten wird, sondern sie beginnt, abgesehen von der wachsenden Leertung, sichtbar zu werden in der zunehmenden Entwertung der Dollar-Schlagzeile, die immer noch als Geld zirkulieren. Während sie bis vor kurzem mit 92 1/2 Proz. ihres Rückzahlungswertes an der Börse gehandelt wurden, sind sie jetzt bis auf 83 1/2 Proz. gesunken. Sie stehen fast 3 1/2 Proz. unter der Parität. Und auch diesen Kurs kann das Reich nur dadurch halten, daß es dauernd die aus dem Verkehr zurückströmenden Stücke der Goldanleihe und Dollar-Schlagzeile aufkauft. Die Aufwendungen, die die Reichskasse zu diesem Zweck zu machen hat, zwingen sie auf der anderen Seite zu neuer Geldvermehrung und damit zur weiteren Geldentwertung.

### Der Anilin-Kongress erwirbt eine Bank.

Der Anilinkongress, der augenblicklich im Begriff ist, die Chemiewerker niederzuknuppeln, geht daran, die Länderbank in Berlin sich anzugliedern. Die Länderbank, gegründet von dem österreichischen Spekulanten von Körner, der jetzt als Wohltäter deutscher Kinder in allen wohlgesimten bürgerlichen illustrierten Blättern erscheint, ist die erste größere Bank, die der anwahnungsbedrohenen Frankenspekulation zum Opfer fällt. Diese Gelegenheit benützt der Anilinkongress, um für seine Geldgeschäfte sich billig ein Bankinstitut zu erwerben.

Der Versuch des Anilinkongress, durch Devisenspekulationen gegenüber dem Industriekapital sich wieder mehr Geltung zu verschaffen, endet mit einer noch tieferen Abhängigkeit des Bankkapitals von den großen Kongressen, als sie bisher bestanden hat.



# RATIBOR OS.

## G. M. Wilczek

Ratibor O.-S.  
Langestr. 53

### Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

Spezialität:  
Damen-Strümpfe

Spezial-  
Geschäft  
Herren-Bekleidung  
**W. Grünberg**  
Ratibor - große Vorkaufstraße 1

Auswahl  
in  
Manufaktur-  
und Modewaren  
**Josef Gonsior**  
Ratibor - große Vorkaufstraße 1

## Franz Schneider

Ratibor O.-S.  
Langestr. 58

.....  
Telephon 674  
.....

### SPEZIALHAUS für Schuhe und Strümpfe

## E. NEISSER

Ratibor  
Langestr. 46  
Herren - Konfektion  
Herren - Artikel  
und Schuh - Waren  
sowie sämtliche  
Arbeiter-Bedarfs-Artikel

**Julius Schindler**  
Langestr. 28  
Herren- und Knaben-Bekleidungs-Fabrik  
Anfertigung elegant. Herrengarderobe n. Maß

**Georg Gieron**  
en gros Tuche und Futterstoffe en detail  
Anfertigung eleganter Herrengarderobe nach Mass  
Stets großes Lager fertiger  
Herren- und Knaben-Garderoben  
Neue Straße 4  
Telephon 228

**Magazin zum Pfau!**  
Pelzwaren - Hüte - Mützen  
Georg Nawal, Kirschhofmeister  
Ratibor - Langestr. 25

## Schuh-Haus Mercur

Ratibor O.-S.  
Langestr. 50

## Josef Wittek

### Leinen- und Baumwoll-Waren Arbeiter-Bekleidung

Fleischerstr. 8 Ratibor Fleischerstr. 8

**Küchen-,  
Stuben-Möbel**  
einfache u. moderne Einrichtungen  
werden hergestellt bei  
**Tischlermeister Philipp Sobina**  
Ratibor, Gr. Vorstadtstr. 45  
Eigene Tapezier-  
Werkstatt

**Alois  
Wilczek**  
Leinen- u. Baumwollwaren  
Ratibor  
Gr. Vorstadtstraße  
Nr. 9

### Kurz-, Weiß- und Wollwaren **Josef & V. Stoppa**

**Georg Holubek & Co.**  
Telephon 664 Ratibor Telephon 664

### Moderne Pelzwaren Hüte und Mützen

## J. Strzybnys Nachfolger

RATIBOR

## HAUS DER MODEN

Ratibor  
Flurstraße Nr. 2  
Telephon 377

Gleiwitz  
Niederwallstr. 22  
Telephon 412

## DIE HERRENSCHNEIDER

## JOHANN JANIK

Ratibor OS. - Bosatzer Straße Nr. 19  
Möbel-Tischlerei und Lager  
Anfertigung aller ins Fach schlagenden Arbeiten  
in sauberer Ausführung

## Julius Priester

Ratibor Ring 15

### Spezial-Haus für Mode- u. Manufakturwaren Damen-Konfektion

## Peter Lorenz, Ratibor

Ring Nr. 4

### Mode- und Manufaktur-Waren

## Gebrüder Translateur

Manufakturwaren

Ratibor O.-S.  
Langestr. 30

## Heinrich Harbolla

Ratibor  
Domstr. 3  
Damen- und  
Mädchen-  
Bekleidung

### Haus- und Küchen-Geräte Glas- u. Porzellan Spezialität Gastwirts-Artikel

## Kaufhaus „SILESIA“

Inhaber Carl Calmann  
RATIBOR Bahnhofstr. 1

### Beste Qualitäten in Zigarren Zigaretten u. Tabake

empfiehlt  
**MAX SCHAFMEIER**  
Ratibor Domstr. 3

## Robert Sonnek

Ratibor O.-S. - Neustraße 3

### Spezial-Geschäft für feine Herrengarderobe MAß - Anfertigung

## Josef Stanulla Nachflg.

Ratibor Ring 10

### Manufaktur- u. Modewarenhaus Spezialität: Sammet und Seiden

## Th. Bankowski

Ratibor OS. - Langestr. 24

### Spezial-Geschäft für Rasiermesser, Scheeren, Messer Rasierapparate sowie sämtliche Reise-Utensilien

Eigene Schleiferei

## Schuh-Palast

## Hansa

M. Bukofzer  
Ratibor, Domstr. 3

### Großes Lager in Schuhwaren aller Art

## JOSEF HENNEK

### Zigarren-Import und Versand

RATIBOR  
Bahnhofstr. 8 Bahnhofstr. 8

### Jede Brillensache



fachgerecht nur beim  
**Optiker H. FUHRMANN**

RATIBOR Bahnhofstr. 4  
Sorgfältige Lieferung aller  
Krankenkassen- Brillen.

## Schuh-Zentrale

Inh. M. Tockus  
.....  
RATIBOR  
.....  
Bahnhofstraße Nr. 4

## Glücksman & Rechner

Ratibor  
Großes Lager von Galanterie-,  
Sagen- und Lederwaren  
Glas, Porzellan, Steinzeug  
Siederbüchsen und Epichören

## KASSEL & CO.

Modernes Herren-  
und  
Knaben-Bekleidung  
Ratibor Oderstr. 4

## Adolf Berger Nachflg. S. Rosenthal

### Herren-Konfektion und Maß-Geschäft

Ratibor OS. / Neue Straße, Ecke Ring

## Küchen- u. Uhren

Uhren und  
Goldwaren  
Silberwaren  
Optische Brillen

## Franz Breuer

RATIBOR  
Bahnhofstr. 5  
Eigene Reparatur-Werkstätte

# Aus Betrieb und Gewerkschaft.

## Bergarbeiterkämpfe in Frankreich.

### Die alte Heberle: Reformistischer Verrat.

Manchmal ist man im Zweifel, ob die Amsterdamer Führerschaft direkt von den Kapitalisten bezahlt wird oder ob sie ihre Katalogdienste für die Bourgeoisie „nur aus Liebe“ für die kapitalistische Weltordnung leistet. Meist liegen die Dinge wohl so, daß diese Bonzen gratis arbeiten. Sie sind so vollständig verbürgerlicht, daß sie vor jedem Kampf heillos Angst haben und lieber die Verachtung der Proleten als den Zorn der Kapitalisten auf sich nehmen.

Durch das Ablaufen des Tarifvertrages der Ruhrbergarbeiter, durch die kommenden Kämpfe im englischen und amerikanischen Bergbau ist eine Lage geschaffen, welche den französischen Bergarbeitern die siegreiche Durchführung von Kämpfen sehr erleichtern würde. Zwar hatten die Reformisten schon im Februar und später im November vorigen Jahres bei ähnlichen Gelegenheiten Verrat an ihren revolutionären Klassengenossen geübt; aber es wäre doch immerhin möglich gewesen, daß sie sich beim dritten Anlauf auf ihre proletarischen Pflichten besonnen und im Einvernehmen mit der revolutionären Organisation in den Kampf gegangen wären. Wer derartiges annahm, muß jetzt seinen Irrtum einsehen. Wenn es die Arbeit gilt, so ist der Einheitspunkt mit der revolutionären Arbeiterkraft und einer Ohrfeige von den Unternehmern, so wählen die Reformisten unbedenklich die Ohrfeige.

Überall in Frankreich stehen die Arbeiter im Streit, um nach der Parole der unitarischen (roten) Gewerkschaften eine Zulage von 8 Francs für den Tag zu erkämpfen. Wo dies noch nicht der Fall ist, trifft man die letzten Vorbereitungen, um derartige Kämpfe führen zu können. In Lothringen hat der unitarische Bergarbeiterverband bereits seine Forderungen an das Unternehmertum gestellt. Im Kohlenbecken von Anzin sagte am 9. März eine Kongress der Schichtdelegierten, um gemeinsame Lohnforderungen aufzustellen. Nicht nur unitarische, sondern auch reformistische und unorganisierte Bergarbeiter haben ihre Beteiligung zugesagt. Die Unitarier verlangen von der reformistischen Organisation, nicht das geringste organisatorische Zugeständnis. Sie wünschen nur, daß beide Organisationen gemeinschaftlich gegen die Grubenräuber vorgehen. Baruel, Maes und die anderen Beherrscher des reformistischen Verbandes haben es anders beschlossen.

Am 23. Februar richteten sie die Aufforderung an die Unternehmerorganisationen der Departements Nord und Pas de Calais, in Unterhandlungen über den Lohnsatz einzutreten. Die Unternehmer erklärten sich zwar bereit, gaben aber gleichzeitig bekannt, daß eine Aufbesserung der Löhne nicht in Frage komme. Am 29. Februar fanden die Verhandlungen im Rathaus von Douai statt. Die Arbeitgebervertreter wiesen auf die durch die Regierung veranlaßte Herabsetzung der Kohlenpreise hin und sagten, daß eine Lohnaufbesserung unmöglich sei. Sie wären höchstens bereit, bis im November 1923 zugestandene Lohnhöherung von 3 Francs bis zum 30. Juni 1924 aufrechtzuerhalten. Mit anderen Worten: sie seien der Meinung, daß die Löhne vom 30. Juni an abzubauen seien. Die sogenannte Arbeiterdelegation nahm diese Erklärung zur Kenntnis und wies bescheiden darauf hin, daß sie sich vorbehalten, in Monatsfrist nochmals auf die Frage zurückzukommen.

Wie denken sich nun wohl die Reformisten die weitere Entwicklung? Sie rechnen ganz einfach darauf, daß die unitarische Gewerkschaft ihre Anhänger zum Kampf gegen die Frechheit der Unternehmer anrufen wird, und daß sie dann in Monatsfrist unter dem Druck des Streiks oder der Streitdrohung der Unitarier eine gewisse Lohnhöherung werden durchsetzen können, die dann den Arbeitern als Resultat ihrer eigenen Tätigkeit zu servieren gebenden. Sie haben aber nicht die geringste Ahnung, selbst Kämpfe zu führen oder die im Rahmen der Norddistrikte geführten Verhandlungen im Landes-

maßstab wieder aufzunehmen. Die Unternehmer werden nach wie vor den einen Distrikt gegen den anderen auspielen können.

Dah die Bergwerksdirektoren nicht nur die Pflicht haben, die fälligen Lohnhöherungen mit Hilfe ihrer Amsterdamer Kollegen möglichst weit hinauszuschieben, sondern daß sie sich der Hoffnung hingeben, einen erfolgreichen Angriff durch Verlängerung der Arbeitszeit unternehmen zu können, geht aus einem Artikel des „Temps“ hervor, in welchem dem reformistischen Bergarbeiterverband eine Anerkennung für sein gutes Betragen ausgestellt wird. Es heißt in diesem Artikel:

„Wenn die Bergarbeiter trotz ihrer privilegierten Stellung der Meinung sind, mit ihrem gegenwärtigen Lohn nicht auskommen zu können, so verfügen sie über ein Mittel, dessen Anwendung, weit entfernt dem nationalen Interesse Schaden zu bringen, der allgemeinen Wirtschaft des Landes nur zum Vorteil gereichen könnte: eine Vermehrung der Arbeitsdauer würde das gewünschte Resultat ergeben und gleichzeitig die Kohlenproduktion von Frankreich vergrößern.“

Dahin strebt also das Unternehmertum. Die kapitalistische Meute ist in allen Ländern losgelassen, um die Arbeiter solange zu heben, bis sie den Achtstundentag aufgeben. Herr Binot, der Führer des französischen Auktionskomitees, gestand in der letzten Sitzung des Genfer Arbeitsamtes den deutschen Unternehmern zu, daß die Abschaffung des Achtstundentages der deutschen Arbeiter unerlässlich sei, wenn Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen solle. Die französischen Unternehmer wiederum nehmen die mit Zustimmung der deutschen Gewerkschaften erfolgte Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau zum Anlaß, um von ihren eigenen Arbeitern gleichfalls eine längere Arbeitszeit zu fordern. Und wie in Deutschland, so leistet auch in Frankreich die reformistische Gewerkschaftsbürokratie den Unternehmern tatkräftige Unterstützung.

## Die christlichen Gewerkschaften und die Reichstagswahlen.

Nach dem Aufruf der Veipart, Grafmann und Co. für die sozialdemokratische Partei kommt ein Wahlausflug der christlichen Gewerkschaften für das Zentrum. In seiner letzten Vorstandssitzung hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Richtlinien zu den kommenden Reichstagswahlen ausgearbeitet, in denen es u. a. heißt, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht nur eine Bewegung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch eine Wirtschafts- und Kulturbewegung sei. Daher müsse sie darauf bedacht sein, einen stärkeren Einfluß auf die Politik auszuüben und eine stärkere Vertretung durch Abgeordnete „ihrer Bestimmung“ in den einzelnen Parteien (?) anstreben. Die christlichen Gewerkschaften warnen vor den sozialistischen Parteien und der Wahl von sozialistischen Abgeordneten.

Mit derartigen Heuchelei wie die sozialdemokratisch-reformistischen Gewerkschaftsführer, suchen die Christlichen der Arbeiterschaft vorzugauken, sie seien „parteilos neutral“; sie sind aber nur ein Anhang der Zentrumspartei. Ihre Stellungnahme gegen die Sozialisten und Kommunisten soll als Hauptfeinde gelten, die Stimmen der christlichen Arbeiter der Partei zugeführt werden, in der Köchner und der „christliche“ Etwas — die ausschlaggebende Rolle spielen, während ihr Knecht, Herr Stegerwald, die Aufgabe hat, die christlichen Arbeiter am Gängelband des „christlichen“ Kapitals zu führen.

Die Kommunisten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition haben die Aufgabe, die christlichen Arbeiter über die Heuchelei und Verratentolle ihrer Führer aufzuklären.

## Kommunistische Erfolge bei den Betriebsrätewahlen.

**Bitterfeld:** Bei den Betriebsrätewahlen auf dem Elektrochemischen Werk erhielt die Liste der Opposition 123, die der Amsterdamer 70 Stimmen. Die Opposition erhielt 4 Sitze, die Amsterdamer 2. Die Belegschaft beträgt 291 Mann.

**Gosha:** Bei der Betriebsratswahl der Goshar Waggonfabrik beteiligten sich von der circa 1000 Mann starken Belegschaft 882, das sind 80 Prozent, an der Wahl. Es wurden gewählt 8 Kommunisten und 1 Amsterdamer. Die zwei Erstmänner fielen auch den Kommunisten zu. Die Angestellten hatten nur eine Mischmasch-Einheitsliste aufgestellt.

# Beamtenbewegung.

## Beamtenabbau, Reichsfinanzen und Währungsproblem.

Von Norbert.

Die Ernährungsregierung hat im Bunde mit den bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien aus dem Währungsproblem gegen die Beamten eine patriotische Opferrolle gemacht, indem sie den Beamtenmassen, immer wieder die Auffassung suggeriert, als ob ohne die brutalen Verordnungen eine Sanierung der Reichsfinanzen unmöglich und somit eine neue Inflation unvermeidlich gewesen sei. Wir erinnern nur an zwei Verfügungen von Reichsfinanzministern, die sich in dieser Richtung bewegen, an die Ausführungen des Reichsfinanzministers Marx in der Kundgebung des „Schutzartells für notleidende Kulturschicht Deutschlands“ am 24. Februar 1924, an seine letzte Sonntagsrede, und an die Rede des Reichsfinanzministers Luther in der Reichstagsitzung vom 11. März 1924. Die Manifestationen gipfeln in dem Ruf: „Lieber Entbehrungen als neue Inflation!“ Unsere heiligste Pflicht ist es, dieser fortgesetzten Irreführung der öffentlichen Meinung die realen Tatsachen gegenüberzustellen.

Zunächst muß der Wahn zerstört werden, als bräute der Personalabbau dem Reiche Riesenerparnisse. Dem vorhandenen statistischen Material entnehmen wir folgende Zahlen:

In der allgemeinen Reichsverwaltung sind nach dem Vorkurschlag für das Rechnungsjahr 1923 111 648 planmäßige Beamte, 9 230 beamtete Hilfskräfte und 81 694 nicht beamtete Hilfskräfte, insgesamt also rund 200 000 Personen beschäftigt für die sich nach den jetzigen Sätzen ein Besoldungsaufwand von rund 735 Millionen Mark errechnet. Auf Grund der Personalabbauverordnung sollen 25 Prozent entlassen, pensioniert oder auf Wartegeld gesetzt werden, in der allgemeinen Reichsverwaltung also gegen 50 000 Personen mit einem Gehaltslohn von 93 Millionen Mark. Wenn wir von dieser Summe die zu gewährenden Pensionen und Wartegelder in einer niedrig geschätzten Höhe von 1/3 bis 1/2, der Aktivitätsgehälter abziehen, so dürfte eine Nettoersparnis von höchstens 35 bis 45 Millionen Mark, d. i. 0,8 Prozent von den Gesamtausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung übrig bleiben.

In den Betriebsverwaltungen sind nach dem Stande vom 1923 652 352 planmäßige Beamte, 113 349 außerplanmäßige Beamte und 597 849 nicht beamtete Hilfskräfte, insgesamt 1 360 000 Personen tätig, für welche ein Besoldungsaufwand von ungefähr 2,1 Milliarden Mark in Betracht kommt. Wendet man hier dieselbe Methode wie bei der allgemeinen Reichsverwaltung an, so ergibt sich eine Nettoersparnis von Lage und Größe 200 bis 250 Millionen Mark. Solche im Vergleich zu den Zahlen des Reichsetats wirklich geringfügige Ersparnisse hat man dazu benutzt, alle überlieferten, gekündigten und verfallungsmäßig veranlassenen Beamtenrechte zu zerteilen. Um die mit Recht erbitterten Beamten zu beschwichtigen, erdreisten sich die bürgerlichen und sozialdemokratischen Drahtzieher, zu behaupten, daß ohne diese Verminderung der Reichsausgaben die Reichsfinanzen nicht saniert werden könnten und eine neue Inflationswelle hereinbrechen müßte.

## Solales.

### Generalversammlung des Verkehrsverbandes.

Anlaßlich des Handels- und Gewerkschaftsstreiks wurde ein Angehöriger des Verkehrsverbandes Knoll und Fall entlassen, auf deutsch — gemahnt. Diese Maßnahme der Ortsverwaltung brachte allerlei Erregung in die Reihen der Kollegen, so daß die Ortsverwaltung gezwungen wurde, eine außerordentliche Generalversammlung anzuberufen, um dort vor der Mitgliedschaft ihre Handlungsweise zu rechtfertigen. Diese Versammlung fand am letzten Donnerstag im Gewerkschaftshaus statt. Zu Beginn mußte es dem 1. Bevollmächtigten erst mit allem Nachdruck plausibel gemacht werden, daß er als Hauptbeteiligter an diesem Streit all unzulässig die Versammlung leiten dürfe, sondern dies von einem unparteiischen Kollegen zu geschehen habe, was dann auch geschah.

Als erstes verteidigte der 1. Bevollmächtigte Senat die Maßnahmen der Ortsverwaltung und versuchte zu begründen, warum der Angehörige Vogel entlassen werden mußte. Er führte aus, daß

# DIE REBELLEN

Von P. E. Dybenko.

(In Buchform erschienen im Verlage für Literatur und Politik, Wien.)

Eine Woche darauf fand sich ein Solal in der Stadt, und dahin verlegten wir unsere Zentrale. Auch eine kleine Druckerei hatten wir schon. Aber es tauchten immer wieder neue unvorhergesehene Hindernisse auf. ... Endlich trafen wir eine Vereinbarung mit den Sozialrevolutionären und begannen unsere Zeitung in ihrer Druckerei zu drucken.

Nach wiederholten Bitten und mehrmaligen Sendungen von Delegationen an das Parteikomitee in Petersburg, schickten sie uns endlich den Gen. Schenkowschin, der die Funktionen eines Redakteurs ausüben sollte. Schenkowschin machte sich eilig an die Arbeit. Die ganze Arbeit belam einen Schwamm. Bald erschien die erste Nummer der Zeitung „Welle“. Es war ein Blatt von keinem Format, ohne überflüssige Phrasen und Schandereien, aber es brachte gerade jene Stimmung aus, die unter den Matrosen herrschte. Das Mächtige fand in der breiten Matrosenmasse großen Beifall. Seine Verbreitung steigerte sich von Tag zu Tag.

Eine Tage darauf kamen aus Petersburg die Genossen Madamirow und Star. Genosse Anonow-Dussejensko kam etwas später. Er wurde bald ein Liebling der Matrosen. Die Arbeit breitete sich mit jedem Tag mehr aus, und unsere kleine Gruppe gewann sowohl in der Matrosenmasse als auch im Sowjet einen immer größeren Einfluß. Langsam erkämpften wir uns die allgemeine Anerkennung. Ungeachtet dessen, daß die Menschewisten vom Sowjet Geldmittel erhielten und auch von Petersburg unterstützt wurden, waren sie dennoch nicht imstande, ihre Agitation breit zu entfalten. Ihr Versteck vermehrte sich nicht, sondern verkleinerte sich, im Sowjet aber verloren sie mit jedem Tag an Stimmen. Im April nahm die Gruppierung im Sowjet bereits deutliche Formen an, und der Unterschied in der Auffassung der Revolution und der Interessen einzelner Gruppen trat jetzt sehr scharf zutage. Den Menschewisten schlossen sich an und es traten auch ihrer Partei fast ausschließlich solche Elemente bei, wie die Offiziere, Schreiber, Privatbeamter usw. Im Sowjet waren sie einstweilen die stärkste Gruppe. Aber das beunruhigte uns nicht. Unsere Hauptarbeit richteten wir unmittelbar auf die breite Matrosenmasse der Schiffe. Dort gewannen wir allmählich den ersten Platz. Schon gegen Ende April waren viele Schiffe, wie z. B. „Republik“, „Petropawlow“, „Sesajopol“, die „Andrei“, „Arora“, „Rysland“ und auch die Erstarbiger Kampagne des Verbindungsamtes nahezu ganz auf unserer Seite.

Man begann auf diesen Schiffen Mißtrauensvoten gegen die in den Sowjet entsandenen Delegationen abzugeben und eine Umwahl des Sowjets zu fordern. Gleichlaufend mit uns kämpfte der linke Flügel der Sozialrevolutionäre energisch um die Verbreitung seiner Ansichten; aber dieser Flügel unterteilt das Maß noch keine Beziehungen mit der rechten Strömung der Partei. Die Menschewisten aber, verbündet von ihrer Machtposition, bemerkten die um sie herum entstehende Leere nicht. Sie verzögern nach und nach den Einfluß unter den Massen. Es waren nur wenige unter den Menschewisten, die die Psychologie eines Matrosen gut kannten, die Feinheiten seiner Gemüths verstanden, mit seiner Eigenart zu rechnen wußten und die Hartnäckigkeit in seinen Forderungen genügend beachteten. Dasselbe war gerade die Kenntnis dieser Eigenart der Matrosenmasse und keineswegs die formale Forderung dieser oder jener Partei von entscheidender Bedeutung. Der Matrose ist ein unruhiger, stets zu Aufregung bereiteter Mensch, dem Freiheit Voraussetzung ist, und der sich unmöglich eine Woche nach der Revolution mit diesem „alten System“ begnügen konnte. Seine rebellische Seele suchte immer vorwärts, suchte sich etwas, sie drängte ihn zu Handlungen, zur Aktivität. Und der Matrose sah, daß die Worte der Menschewisten und Sozialrevolutionäre ihren Taten nicht entsprachen, und so verlor er allmählich das Vertrauen zu diesen Führern der Februarrevolution. Er suchte nach Neuem. Wenn auch der Matrose seine Wünsche und Forderungen nicht immer klar auszudrücken vermochte, so suchte er sich verpflichtet, überall der Rädelstührer zu sein. So sagte er keine Aufgabe auf. Seine Eigenliebe ließ ihn, oft unüberlegt, dort hin, wo er den größten Widerstand fand. Dies wußte unsere kleine Gruppe, die aus eben diesen Matrosen hervorgegangen war, sehr gut, und daher gelang es uns allmählich, die Macht in unsere Hände zu bekommen. Man ist allmählich der Ansicht, daß die Provisorische Regierung ihren Einfluß auf die Baltische Flotte erst Ende September 1917 verlor hatte; das ist nicht richtig. Der Einfluß der Provisorischen Regierung war seitlich schon im April zu Ende. Die Flotte lebte ihr eigenes Leben, verfolgte ihren eigenen Weg, unabhängig von der Politik der Regierung, und zwar es auch vorübergehende Schwankungen gab, so widersprechen sie nicht der Tatsache, daß die Provisorische Regierung bereits gegen das Ende des Frühjahrs 1917 auf die Baltische Flotte keinen Einfluß mehr hatte.

II.

Sie durch die Revolution gestörte Verbindung des Zentrums mit einzelnen Städten Russlands, mit den Armeen und Fronten zerbrach sich allmählich wieder an. Aber es fehlte immer noch eine technisch durchgeführte und lebendige Be-

ziehung zwischen der revolutionären Flotte und den Soldaten an der Front. Die Zeitungsberichte gaben kein richtiges Bild von dem, was an der Front vor sich ging. Während des ersten Monats kochten hartnäckig Gerüchte von einem bevorstehenden neuen Umsturz und von Wiedereinführung des Zarismus mit Hilfe der Armeen. Dieses Wespenheulen beunruhigte die Matrosen. Sie mißtrauten den Regierungsberichten ebenso sehr, wie sie der Regierung selbst nicht vertrauten. Man mußte sich mit eigenen Augen davon überzeugen: wie ist die Stimmung in der Armee?

Auf einer der Sitzungen des Helsingforsker Sowjets wurde Ende März beschlossen, Delegationen nach der Schwarzemere, nach der baltischen Front und an die Nordliche und Südwestliche Front zu schicken. Unter den Delegationen nach der Südwestlichen Front war ich auch. Die Delegationen dauerten nicht lange, wir erhielten unsere Weisungen, Instruktionen vom Sowjet und jeder hundert Tage. Die Delegationen waren, daß wir in Petersburg mit ihnen und ihnen berfragt wurden. Aber nachdem wir in Petersburg drei Tage in verschiedenen Situationen und Reden vor uns hatten, sahen wir ein, daß es nichts nützen würden, dagegen fragte man uns: was war an der Front reden würden? Man examinierte uns loszulassen und schickte uns an die Front.

Mit großer Mühe drängten wir uns in einen Zug, der nach Kiew war. Schlafen konnten wir unterwegs nicht; in jedem Kuppe saßen und lagen bis zu vierzig Menschen, und es schmeckte alle Fensterhebeln zerhacken waren und es schmeckte so, konnte man doch kaum atmen. Es erreichten wir Kiew. In Kiew gingen wir in die „Kada“ und erhielten die Erlaubnis, die Zuppenkette an der Front zu besuchen. Mit dieser Erlaubnis fuhren wir weiter.

Die Soldaten hatten eine recht unklare Vorstellung von der Revolution. Hier war noch alles beim Alten, die Revolution war noch nicht in die vielen entlegenen Winkel Russlands gelangt. Wir besuchten einige Zuppenkette, sprachen mit den Soldaten, verteilten Literatur und fuhren weiter. Am nächsten Tage erreichten wir den Stab des Generals Brucklow. Der General empfing uns, unterhielt sich ein wenig und betraute einen Oberst mit der Aufgabe, uns zu examinierten. An die Front ließ man uns nur ungern. Man sagte uns: wenn ihr für die Offensive agieren werdet, dann lassen wir euch durch, wenn nicht, dann fahrt gefälligst nach Hause. Beim Examen beantworteten unsere Delegation die uns gestellten Fragen möglichst ausweichend; ein Mitglied unserer Delegation, ein früherer Armeesoldat wurde mit der besten Aufgabe betraut, für uns zu sprechen. Endlich ließ man uns durch.

(Fortsetzung folgt.)

Regel die Hauptrolle an dem schlechten Verlauf des Streiks... Weiter habe er gegen Anordnungen der Bundesleitung... im übrigen stehe er unter dem geistigen Einfluss der Kommunisten...

dieser Versammlung. Nun Genossen, ran an die Arbeit! Agitiert unermüdet, damit die Liste der KPD... dieser Wahlzettel hervorgeht. Der letzte Stimme für die Liste der KPD. Altrich, Vogt, Erner.

als Frontkämpfer so tapfer sein würden, wie auf dem Hirschberger Markt. In Wirklichkeit machten sich alle die Dolan voll. Die Disziplinierung segnet vor uns in der heiligen, dreimal heiligen Genadentage dieses mordlustigen Beginnen...

Das Kulturprogramm der Kommunisten.

Nach langer Pause hielt die kommunistische Jugend am Samstag, den 22. März, eine öffentliche Versammlung in der Dattendorferstraße ab. Karl August Wittfogel sprach in dieser über die Not der deutschen Jugend. Er zeigte den Weg, der sie aus ihrem Elend herausführen kann.

Ohne Betriebszellen keine Eroberung der Gewerkschaften, Befestigung der reformistischen Führer, Schaffung und Beherrschung der Industrieverbände...

um wir Kommunisten für Wahlzettel auch zu anderen Kreisen sammeln gehen. Nein, nein! Ihr erheben und aufrechten, Mehrere Wähler! Vor euch braucht sich niemand zu schämen...

Coltzeberg. Versammlungsbericht. Am Montag, den 17. März 1924, abends 6 Uhr, fand im Hotel „Lind An“ in Coltzeberg eine Protokollversammlung gegen den Durchbruch des Achtstundentages...

am Sonntag durch ungeheuren Lärm und Rabau auf dem Schloß getrieben. Die Faschisten hatten dort ein Unterbezirkstreffen, das mit dem Mantel einer Denkmalweihe umhüllt war.

Ein Pastor Schulz hielt am Denkmal selbst eine schwulstige Ansprache, in der er nicht etwa die Menschen zur Nächstenliebe aufrief, sondern sie zu einem neuen Wenden, zu einem Revolutionskrieg gegen Frankreich aufzurufen versuchte.

Bestimmte. Versammlungsbericht. Die erste von der KPD nach dem Verbot einberufene Versammlung, die am 17. März stattfand, hatte trotz des wichtigen Themas „Kampf gegen die erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse“ nur einen mäßigen Besuch aufzuweisen.

Coltzeberg. Stadtratsordnenwahlen am 6. 4. Fortgesetzten, Genossen, Zeitungsliefer! Am 6. April findet die Stadtratsordnenwahl statt. Es ist noch ungeheuer viel Arbeit zu leisten. Jeder Genosse und jede Genossin müssen sich zur Verfügung stellen.

Die Revolution ist einstimmige Annahme. Im Schlußwort freute der Referent nochmals die Unternehmerrückende gegen den Achtstundentag und ermutigte uns, die Eisenbahnen zurück zu erlärnen und sofort kein Referat mit einem dreifachen Hochruf auf die Eisenbahnenbesetzung, in den die Verammlung begeistert einstimmte.

Sie Arbeiter ihr seid uns! Am 16. März fand in meinem Maner ein sogenanntes Stahlhelmfest statt. Da hast Stahlhelmeute und Junglinge aus fast ganz Schlesia herbeigekommen und hast dich benommen wie eine feile Dürse.

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Gläser, Breslau, Inzerate: Max Fischer, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesia e. V. Breslau, Drebnitzer Str. 50.

Lieblich-Theater März 1924 Täglich 7 1/2 Uhr Emanuil Steiner Der berühmte Rechenkünstler 632 Schwestern Wiesenthal Fred Janz Der rheinische Komiker und 10 Attraktionen

Versammlungs-Kalender. Breslau, Kommunistiche Betriebsräte. Mittwoch, den 26. März, abends 7 Uhr, in der Weißschloß (Mauritinsplatz) Reaktionskollung. Wichtige Tagesordnung. Alle Kollegen haben daher zu erscheinen.

Beherbete jeden Preis für Manser-7,63 Pistolen Prisen-Gläser Photo-Apparate G. Nolda Altmühlstraße 20 2 Minuten vom Ring

Andere Organisationen. Breslau, Dienstag, den 25. März, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus im Zimmer der Beauftragten, Sitzung der J. K. 5. Aktion Säger! Die erstmaligen Übungsstunden des Männerchor „Eos“ der KPD, Ortsgruppe Breslau, finden Sonntag am Sonnabend, den 29. März, im Hof „Gering“, Geringstraße 5 statt.

Nähmaschinen. Josef Wenzler, Gießener Straße 45. 661 Achtung Genosse! Billig! Billig! Billig! Feldgras-Litwicki 2,50 Mk. Dreifach, Arbeitswagen von 3 Mk. an. Hand-Unterwagen, erwidert Mischel, geb. Mischel, keine Laden, kann sehr billig! Antonstraße 33 B.

Jungarbeiter, Arbeiterinnen, Landeshut! Die Kapitalisten und mit ihnen die kapitalistischen Regierungen wollen Euch einjarnieren, wollen ein Arbeitsdienstjahr einführen, um so praktisch eine Streikbrechergarde großzuziehen. Die kommunistische Jugend ruft alle jungen Profetier auf zur Profest-Versammlung am Mittwoch, den 26. März, abends 8 Uhr im Gorkans „Jug Gasse“ Escheint in Massen! R. J. Landeshut.

Werbe für Deine Partei-Organ!